

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.04.2015
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Lina
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard für Albert Ohling (bis 18:35 Uhr)
Kronshagen, Heinrich

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Claaßen, Jens
Marsal, Andrea (ab 17:02 Uhr)

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin

Beratende Mitglieder

Grix, Wilhelm
Hempel, Rainer
Hollander, Volkmar
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian
Steinmeyer, Elke
Wittmaier, Alla

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Decker, Ubbo Dr.
Kromminga, Engelbert
Ludwigs, Joachim
Zorn, André
Baumann, Albert (bis 18:03 Uhr)

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Tempel teilt mit, der Tagesordnungspunkt 8 „ADN Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle e. V. Oldenburg“ wird von der Verwaltung zurückgezogen, da die SPD-Fraktion noch Gesprächsbedarf angezeigt hätte.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015 - öffentlicher Teil

Herr Grix merkt an, Herr Ludwigs hätte zu dem Tagesordnungspunkt 7 „Leistungsvereinbarung sowie Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung mit der AWO“ ausgeführt, dass in den Haushalt mehr Geld eingestellt als an Abschlägen gezahlt worden sei. Es stünden immer noch 40.000 € für eine Spitzenabrechnung zur Verfügung. Bislang sei die Summe von 160.000 € trotz gestiegener Personalkosten auskömmlich gewesen.

Diese Aussage sei nicht korrekt, da erhebliche Eigenmittel eingebracht worden seien, um die Personalkosten zu decken. Die Summe von 160.000 € könnte nur unter erschwerten Bedingungen beibehalten werden.

Beschluss: Das Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 11.02.2015 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Erich Greve, Integrationslotse und Mitglied des „Arbeitskreises Willkommenskultur in Emden“ möchte sich auf die Einrichtung einer Sammelunterkunft für Flüchtlinge in der ehemaligen Jugendwerkstatt in Larrelt beziehen.

Er fragt, ob es für dieses Projekt ein der Öffentlichkeit zugängliches Konzept geben würde und wann dieses veröffentlicht würde. Weiterhin möchte er wissen, welche Personengruppen in dem Gebäude untergebracht werden sollen. Sollten Familien mit Kindern untergebracht werden, möchte er wissen, was getan werde, um die Kinder dort zu schützen und kindgerecht zu fördern.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

In den Diskussionen der letzten Zeit sei gesagt worden, dass in der Sammelunterkunft auch Sprachunterricht stattfinden soll. Aus diesem Hintergrund fragt er, ob davon ausgegangen werden könnte, dass künftig alle in Emden neu ankommenden Flüchtlinge im Rahmen der Willkommenskultur sofort Sprachunterricht bekommen könnten, unabhängig von der augenblicklichen Rechtslage, die dieses nicht vorsehen würde.

Die künftige Sammelunterkunft würde in einer Entfernung von den städtischen Behörden liegen, die zu Fuß nicht einfach zu bewältigen sei. Daher fragt er, ob die dort wohnenden Flüchtlinge künftig Freifahrkarten für den Stadtbus oder ein kostenloses Fahrrad bekommen würden, um die notwendigen Behördenbesuche bewerkstelligen zu können.

Frau Sonja Ryll, Vorsitzende des Vereins Internationales Emden e. V., freut sich, dass der Zuschussantrag des Vereins in der heutigen Sitzung diskutiert würde. Seit März sei ein weiterer Sprachkurs eingerichtet worden und es würde Überlegungen geben, einen sechsten Kurs einzurichten, da weitere 20 junge Flüchtlinge nach Emden gekommen seien. Aufgrund der steigenden Zuwandererzahlen fragt sie, wie diese schwierige Situation in Zukunft gemeinsam bewältigt werden könnte.

Frau Marlies Bierwagen, Integrationslotsin, bittet um Auskunft, ob bei der Sammelunterkunft für Flüchtlinge in der ehemaligen Jugendwerkstatt in Larrelt Sozialarbeiter eingesetzt würden und wer Betreiber dieser Einrichtung sei.

Frau E. Meyer schlägt vor, die Fragen unter dem Tagesordnungspunkt 6 „Unterbringung von Flüchtlingen“ von der Verwaltung beantworten zu lassen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Zuschussantrag des Vereins Internationales Emden e. V.
Vorlage: 16/1672

Herr Kromminga erläutert, der Verein Internationales Emden e. V. hätte in diesem Jahr wieder einen Antrag für einen Zuschuss zur Weiterführung seiner Vereinstätigkeit in Form von Deutschkursen und Integrationsarbeit gestellt. Dem Verein sei in den letzten Jahren ein Zuschuss für diese Arbeit gewährt worden. Die Arbeit des Vereins sei nach Rücksprache mit der Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe sehr gut. Der Verein sei aktives Mitglied im Netzwerk Integration, sodass die Initiierung neuer Angebote bedarfsorientiert und im regen Austausch untereinander erfolgen würde. Aufgrund der sehr starken Zuwanderung von Flüchtlingen sei die Arbeit des Vereins sehr wichtig.

Daher schlägt er vor, dem Verein Internationales Emden e. V. eine höhere Förderung als in den letzten Jahren in Höhe von 6.000 € für die Durchführung von Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen zu gewähren.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer erklärt, die SPD-Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Der Verein würde eine wirklich gute Arbeit leisten. Sie bittet den Verein Internationales Emden, im nächsten Ausschuss über seine Arbeit zu berichten.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Hegewald sagt, für die CDU-Fraktion sei es selbstverständlich, diesem Antrag zuzustimmen. Die geleistete Arbeit des Vereins sei sehr wichtig.

Er fragt, ob eine Förderung in Höhe von 6.000 € realistisch sei. Es seien 15.860 € beantragt worden. Durch einige Zuschüsse habe sich die Höhe auf 9.000 € reduziert. Er möchte wissen, ob bei dem Zuschussbetrag einkalkuliert worden sei, dass der Zuzug von Flüchtlingen in diesem Jahr höher sein würde. Müsste damit gerechnet werden, dass im Laufe des Haushaltsjahres ein weiterer Antrag kommen werde, weil der Betrag bei weitem nicht ausreichen könnte.

Frau Tempel erläutert, der Zuschussbetrag sei für zwei weitere Kurse errechnet worden und müsste auskömmlich sein.

Zu der Frage von Frau Ryll gibt sie an, dass verwaltungsintern geklärt und geprüft werden müsste, ob noch nachträglich bzw. zusätzlich Geld bewilligt werden könnte. Für das Jahr 2015 seien keine zusätzlichen Mittel eingeplant worden. Zu der Vorlage Unterbringung von Flüchtlingen sei eine entsprechende Aufstellung zur Information beigelegt, wie hoch die Aufwendungen im letzten Jahr gewesen seien, die die Stadt Emden für den Personenkreis der Flüchtlinge bereits erbracht habe. Diese Aufwendungen würden allerdings in diesem Jahr steigen.

Die Stadt Emden sei nicht verpflichtet, entsprechende Hilfsangebote zu fördern. Dies könnte nur im Rahmen einer freiwilligen finanziellen Förderung getan werden. Es seien nicht die Voraussetzungen gegeben, Deutschkurse entsprechend dem Bedarf bereitstellen zu können und zu finanzieren. Zum Teil seien somit die Vereine selbst gefordert, entsprechende Spendenmittel, Stiftungsgelder und Fördermittel zu generieren.

Frau Bamminger fragt, wie die Sprachkurse der anderen Institutionen finanziert würden. Sie möchte wissen, ob die AWO für ihre Tätigkeiten ebenfalls Geld bekommen würde oder ob diese Angebote ehrenamtlich stattfinden würden. Sie hätte gerne einen Überblick über die Institutionen, die derzeit Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten.

Frau Tempel erläutert, dass die AWO für die durchgeführten Deutschkurse im Kulturbunker ebenfalls eine finanzielle Förderung erhalten würde. Über die Höhe könnte sie keine Angaben machen. In die Sprachförderung würden ebenso Bundesmittel fließen. Für die Integrationskurse, die über Bundesmittel gefördert würden und nicht 100 % kostenfrei seien, müssten die Teilnehmenden einen entsprechenden Betrag leisten. An den Sprachkursen der AWO und des Vereins Internationales Emden könnten Personen, die nicht über ausreichendes Einkommen verfügen, kostenfrei teilnehmen. Es sei nicht realistisch und leistbar, für jeden ankommenden Flüchtling sofort einen Kurs anbieten zu können. In der Power Point Präsentation zum Tagesordnungspunkt 12 sei in einer Gesamtübersicht die derzeit angebotenen Sprachkurse dargestellt.

Herr Kromminga gibt an, er hätte sich bei der Bearbeitung der Vorlage mit dem Fachdienst Jugendförderung in Verbindung gesetzt. Es würde für die kostenlosen Sprachkurse, die im Kulturbunker von der AWO angeboten werden, ein Stundensatz von 20,00 € gezahlt. Bei dem Verein Internationales Emden e. V. hätten die Kursleiter im letzten Jahr 10,00 € pro Stunde erhalten.

Herr Claaßen erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde aufgrund der hohen Reputation und der bisher geleisteten guten Arbeit des Vereins Internationales Emden e. V. selbstverständlich den Antrag unterstützen.

Er schließt sich der Bitte an, dass die Verwaltung angesichts der aktuellen Entwicklung verwaltungsintern in die Prüfung einsteigen sollte, ob ein höherer Zuschussbetrag möglich sei.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Hegewald gibt Frau Tempel Recht, dass dies eine freiwillige Aufgabe sei. Es sei jedoch eine mehr als notwendige Aufgabe der Stadt. Die Flüchtlinge sollten auf jeden Fall integriert werden. Die Integration würde nur über die Sprache funktionieren. Er findet es äußerst bemerkenswert, dass Menschen für 10,00 € in der Stunde den Flüchtlingen Unterricht geben würden. Dies würde es sehr selten geben. Er hofft, dass es in Zukunft genügend Menschen gebe, die für diese Aufgabe bereit seien.

Herr Grix erklärt, die angesprochenen Deutschkurse im Kulturbunker seien ehemals bei dem Verein Internationales Barenburg angegliedert gewesen. Die AWO hätte diese Kurse übernommen, da es zwischen dem Verein und der Verwaltung erhebliche Unstimmigkeiten gegeben hätte.

Neben den mit 20,00 € bezahlten Kursen im Kulturbunker würde es auch vier weitere Kurse im Falkenhorst geben. Diese Kurse würden ebenso von Ehrenamtlichen durchgeführt. In zwei dieser Kurse seien überwiegend Flüchtlinge aus Eritrea. Die anderen beiden Kurse würden aus Flüchtlingen mit unterschiedlichen Herkunftsländern bestehen.

Durch die AWO sei somit ebenfalls eine ehrenamtliche Willkommenskultur entwickelt worden.

Herr Jahnke unterstreicht, dass die Verwaltung sehr stark zur Kenntnis nehmen würde, wie groß die Bereitschaft in Emden sei, in diesem Bereich ehrenamtlich zu unterstützen. Das Budget würde eine Bezahlung dieser Arbeit gar nicht hergeben. Mittlerweile sei es erforderlich, im Bereich Fachdienst Wohnen weitere Stellen für die Flüchtlingshilfe zu besetzen. Frau Imamovic hätte im letzten Ausschuss deutlich gemacht, dass die Aufgaben in diesem Bereich nicht mehr bewältigt werden könnten. Der Zeitpunkt zum Handeln sei nun gekommen.

Er bedankt sich ganz offiziell bei den vielen Ehrenamtlichen, die eine wirklich beispielhafte Willkommenskultur in Emden aufgebaut hätten. In anderen Gebietskörperschaften sei dies nicht immer der Fall. Es müsste alles dafür getan werden, dass diese hervorragende Willkommenskultur bestehen bleibt.

Herr Graf fragt, inwieweit die Möglichkeit bestehe, über Land oder Bund Mittel für die Bildung von Lernkursen einzufordern.

Frau Tempel erklärt, es gebe einige Fördermittel, die in Anspruch genommen werden könnten. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen habe in ihrem Antrag dazu einen Hinweis gegeben. Zum derzeitigen Standpunkt könnten abschließend noch keine Informationen weitergegeben werden, da die Verwaltung noch dabei sei, diese zu sammeln. Es würde z. B. über ESF-Programme Mittel für berufsbezogene Sprachkurse geben, die über das Jobcenter organisiert und angeboten werden.

Beschluss: Dem Verein Internationales Emden e. V. wird für das Haushaltsjahr 2015 eine institutionelle Förderung in Höhe von 6.000 € für die Durchführung von Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen bewilligt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 6 Unterbringung von Flüchtlingen
Vorlage: 16/1653

Frau Tempel erläutert ausführlich die Vorlage.

Weiter bezieht sie sich auf die Fragen von Herrn Greve. Es soll ein Betreuungskonzept entwickelt werden, dass in einer öffentlichen Ausschusssitzung vorgestellt werde. Wie die Unterbringung in dem Gebäude aussehe, würde von den Zuweisungen abhängen. Im Voraus würde der Fachdienst nur wenige Informationen über die Flüchtlinge erhalten, die nach Emden kommen sollen. Manchmal würde die Verwaltung nur eine Woche vorher wissen, ob alleinstehende Personen oder Personen in Familienverbänden kommen werden. Daher sei es schwierig, zum jetzigen Zeitpunkt eine genaue Unterbringung zu planen. In Larrelt sei sowohl die Unterbringung von Einzelpersonen als auch von Familien möglich, sodass beide Alternativen genutzt werden könnten. Die Verwaltung sei ebenfalls daran interessiert, weitere Gemeinschaftsunterkünfte zu planen, um eine Nutzung für unterschiedliche Familienverbände zu ermöglichen. Dies würde auf jeden Fall berücksichtigt.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sei aufgrund der Entfernung zum Stadtzentrum angedacht, entsprechende Sprachkurse direkt vor Ort in der Gemeinschaftsunterkunft anzubieten. Die Wegezeiten könnten den Flüchtlingen dadurch erspart werden. Dies müsste jedoch noch mit dem Betreiber besprochen und abgeklärt werden. Räumlichkeiten für solche Angebote seien aber auf alle Fälle vorhanden und geplant.

Die Sammelunterkunft sei sicherlich einige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. In Larrelt sei jedoch eine außergewöhnlich gute Versorgungsstruktur vorhanden. Nahversorger, Schulen, Kindergärten, Ärzte und Apotheken seien günstig erreichbar. Ebenso würde eine Buslinie zur Verfügung stehen, die von den Flüchtlingen genutzt werden könnte. Den Flüchtlingen würden schon jetzt aus den Beständen und Spenden Fahrräder zur Verfügung gestellt. Der Fachdienst Wohnen sei sehr aktiv dabei, entsprechende Spenden für Flüchtlinge einzuwerben. Die Flüchtlinge, die in Larrelt untergebracht werden sollen, könnten bei der Vergabe dieser Fahrräder vorrangig berücksichtigt werden, um die entsprechende Mobilität zu gewährleisten.

Zu Frau Bierwagens Frage antwortet sie, dass geplant sei, in Larrelt einen Ansprechpartner für die Flüchtlinge direkt im Hause vorzuhalten. Eine sozialpädagogische Betreuung würde vor Ort sichergestellt und entsprechendes Fachpersonal sollte über den Einrichtungsträger eingesetzt werden.

Herr Baumann ergänzt, zurzeit würde eine Bauausführungsplanung erstellt. Ein Architektenbüro sei beauftragt worden, die Zeichnung des Gebäudes digital zu erstellen, um eine Grundlage für die weitere Planung zu haben. Zurzeit würde diese nur in Papierform vorliegen.

Zwischenzeitlich sei eine Bauvoranfrage bei der Bauaufsicht gestellt worden, ob es überhaupt möglich sei, dort eine Unterkunft für Flüchtlinge einzurichten. Diese Anfrage sei positiv beschieden worden, sodass die Pläne nun erstellt und konkretisiert werden könnten. Nach der ersten Grobplanung seien Drei-Bettzimmer, Zwei-Bettzimmer und Einzelzimmer vorgesehen sowie Gemeinschaftseinrichtungen und Aufenthaltsräume.

Sobald das beauftragte Architektenbüro auf dieser Grundlage die Pläne erstellt habe, würde das Ganze mit der Sozialverwaltung abgestimmt werden. Im Rahmen der Konkretplanung würden in den nächsten Wochen verschiedene Möglichkeiten besprochen.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Die Familie, die derzeit noch in dem Haus wohne, hätte zum 30.04.2015 gekündigt und würde spätestens im Laufe dieses Monats ausziehen. Nach einer Renovierung der Wohnung könnte dort wahrscheinlich sehr kurzfristig eine Familie untergebracht werden. Dies müsste intern besprochen werden.

Er gibt an, es müsste mit einer Bauphase bis Ende des Jahres gerechnet werden. Ab Januar 2016 könnten die ersten Flüchtlinge in den Räumlichkeiten untergebracht werden. Es könne bisher noch nicht abgeschätzt werden, wie die Bausubstanz des Gebäudes sei.

Aus diesem Grund würden zurzeit weitere Möglichkeiten der Unterbringung geprüft werden. Leerstehende Gebäude wie Schulen seien von Baufachleuten geprüft und für nicht tauglich empfunden worden. Die Bausubstanz sei so schlecht, dass u. a. Brandschutzprobleme auftreten könnten. Die Empfehlung sei somit, von den Gebäuden mit schlechter Bausubstanz Abstand zu nehmen. Vor ein paar Monaten hätte ein Modulbauhersteller ein Angebot für eine Unterkunft in modularer Bauweise angeboten. Die Kosten für eine solche Unterkunft würden bei einer Million Euro liegen. Es seien 8 Wohneinheiten, in denen insgesamt 36 – 40 Flüchtlinge untergebracht werden könnten, angeboten worden. Die Kosten für den Umbau der ehemaligen Jugendwerkstatt in Larrelt für die Unterbringung von 40 Flüchtlingen belaufen sich hingegen auf ca. 480.000 €.

Er ist der Meinung, es sollte trotz den hohen Kosten eher in modulare Anlagen investiert werden. Bei den Gebäuden mit einer schlechten Bausubstanz, wie leerstehende Schulen, könnten die Kosten gar nicht abgeschätzt werden. Diese Thematik würde in der Arbeitsgruppe mit Frau Tempel ausführlich besprochen werden.

Frau Bamminger meint, eine dezentrale Unterbringung sollte immer das Ziel sein. Sie würde es begrüßen, wenn in Larrelt sehr zeitnah eine Bürgerversammlung zu dem Thema Unterbringung von Flüchtlingen in der ehemaligen Jugendwerkstatt stattfinden würde.

Herr Claaßen legt dar, seine Anfrage ginge in die gleiche Richtung wie Frau Bammingers Einwurf. Der Berichterstattung der Emdener Zeitung sei zu entnehmen, dass die Reaktion der Öffentlichkeit grundsätzlich positiv sei. Der Wunsch nach einer entsprechenden Bürgerversammlung sei deutlich geäußert worden und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde sich diesem Wunsch anschließen. Er fragt daher, ob die Verwaltung eine entsprechende Veranstaltung planen würde und wie die konkreten Vorstellungen dazu aussehen würden.

Aufgrund des Vortrages von Herrn Baumann habe sich die Frage ergeben, ob sich die geschilderten Kosten in Höhe von einer Million Euro für modulare Wohneinrichtungen auf einen Kauf oder auf Leasing beziehen würden.

Herr Baumann bemerkt, die geschilderten Kosten für eine modulare Wohneinrichtung würden sich auf einen Kauf beziehen.

Frau Tempel erläutert, eine öffentliche Bürgerversammlung sei nach dem politischen Beschluss geplant. Sobald ein Grobkonzept für die Betreuung der Flüchtlinge bestehen würde, könnten gezielte Auskünfte bei einer solchen Veranstaltung gegeben werden. Ebenso sei es wichtig, das Wohnkonzept vorstellen zu können. Sobald die Konzepte als Grobplanung vorliegen, würde die Verwaltung an die Nachbarschaft herantreten.

Frau L. Meyer bedankt sich für den Vortrag von Frau Tempel. Die SPD-Fraktion hätte sich ganz besonders gefreut, dass die AWO in ihren Räumlichkeiten bleiben könnte. Die AWO hätte signalisiert, bei der Weiterführung der Integration mitzuhelfen. Als Träger würde die AWO alles daran setzen, dass sich die Flüchtlinge an diesem Standort wohlfühlen werden.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Eine Bürgerversammlung in Larrelt würde sie ebenfalls begrüßen.

Herr Hegewald glaubt, die Aufnahme von Flüchtlingen könnte gut und harmonisch bewältigt werden. Die Flüchtlinge seien, wie in der Vergangenheit auch, immer gut integriert worden. Die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge sei völlig unstrittig und sollte in selber Form weiterverfolgt werden.

Es sei wichtig, die Bürger vor Ort zu informieren, um Gerüchte oder Probleme aus der Welt zu schaffen. Mit der Bürgerversammlung sollte nicht gewartet werden, bis alle Planungen fertig seien. Es sollte schon mal ein Zwischenbericht an die Bürger gegeben werden.

Die kommunalen Spitzenverbände hätten geklärt, dass pro Flüchtling ein Zuschuss von 10.000 € pro Jahr notwendig sei. Die deutschen Bundesländer würden jedoch unterschiedliche Beträge erhalten. Niedersachsen zahle lediglich 6.195 € pro Flüchtling. Dies sei eine Diskrepanz von etwa 4.000 €. Bei 400 Flüchtlingen sei dies schon ein Betrag von 1,5 Millionen Euro, die die Kommune leiste, obwohl es eine Pflichtaufgabe des Landes sei. Aus diesem Grund fragt er, ob dieses Geld schon im Haushalt mit eingeplant sei oder ob dieses noch hinzukommen würde. Er glaubt, die Kommunen müssten dem Land und Bund noch stärker Druck machen, damit der Zuschuss erhöht würde. Es könnte nicht sein, dass die Kommunen zu einem erheblichen Teil auf diesen Kosten sitzen bleiben würden.

Herr Jahnke teilt mit, ein Teil sei in der letzten Haushaltsstrukturkommission aufgenommen worden. Im Budget des Fachbereiches Gesundheit und Soziales sei ein Teil abgedeckt worden. Die Quote hätte zu dem Zeitpunkt jedoch noch nicht festgestanden. In diesem Jahr sei mit einer weiteren Anhebung der Quote zu rechnen. Deswegen würde die Stadt ausdrücklich die Bemühungen insbesondere des Niedersächsischen Städtetages unterstützen. Dieser hätte deutlich gemacht, dass im Durchschnitt pro Flüchtling pro Jahr eine Summe von 10.000 € zur Verfügung gestellt werden müsste. Er hofft, dass diese Bemühungen zielführend sein werden. Ansonsten müsste es zu weiteren Anpassungen der Budgets kommen. Vom Innenminister sei unstrittig anerkannt worden, dass die derzeit 6.300 € nicht ausreichend seien. Aus diesem Grund sei die Arbeit der Ehrenamtlichen für die Stadt extrem wichtig.

Herr Graf fragt, ob die Stadt Emden das Grundstück in Larrelt, welches der Diakonie gehöre, bereits erworben habe.

Herr Jahnke erläutert, dass das Grundstück aufgrund der Erbpacht bereits ein städtisches Grundstück sei.

Herr Kronshagen meint, im Vorfeld der Bürgerversammlung sollte mit der Grundschule, den beiden Kindergärten, der Kirche und den Sportvereinen Gespräche geführt werden, ob diese Einrichtungen eventuell Hilfe wie z. B. Räume für Unterricht anbieten könnten. Der Reitverein könnte für traumatisierte Kinder Reitunterricht durchführen. Er glaubt, es gebe viele Möglichkeiten, die im Vorfeld genutzt werden sollten.

Herr Grix begrüßt den Vorschlag der Verwaltung. Das Gebäude sei damals der Stadt Emden mit der Maßgabe übertragen worden, dieses Gebäude für soziale Zwecke einzusetzen. Er sei froh gewesen, dass die Jugendwerkstatt die Räume nutzen konnte. Die Jugendwerkstatt hätte das Gebäude mit öffentlichen Mitteln bereits sehr stark saniert.

In dem Obergeschoss des Gebäudes würden sich ca. 6 – 8 Räumlichkeiten befinden, in denen jeweils zwei Personen untergebracht werden könnten. Mit einem vernünftigen Raumkonzept könnten die Sorgen der Bevölkerung in Larrelt ausgeräumt werden. Die Wohnung, die noch frei werde, habe eine Größe von ca. 140qm. Im damaligen Altenheim seien auch 40 Leute untergebracht worden und Gemeinschaftsräume hätte es auch dort gegeben.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Er begrüßt es ebenfalls, dass die Flüchtlinge in dem Gebäude untergebracht werden sollen, da die Infrastruktur in Larrelt sehr gut und die Bewegungsfreiheit durch den Park ideal sei. Er glaubt, seitens der Organisationen in Larrelt würde es eine große Bereitschaft geben, eine Willkommenskultur und ein gutes Miteinander im Ortsteil Larrelt zu entwickeln.

Er freut sich auf die Aufgabe, die die AWO dort übernehmen werde. Die vorderen Räume der AWO könnten für Sprachkurse genutzt werden.

Eine Bürgerversammlung sollte nach Fertigstellung der Pläne geplant werden. Er bietet an, bei der Organisation einer solchen Veranstaltung mitzuhelfen. Er hofft, dass bei der Bürgerversammlung schon inhaltliche konzeptionelle Überlegungen dargestellt werden könnten.

Frau L. Meyer fragt, ob der Fachbereich Gesundheit und Soziales die große Menge an Arbeit überhaupt noch bewältigen könne oder ob über eine Personalerhöhung nachgedacht würde.

Weiterhin möchte sie wissen, ob die Flüchtlinge von den behandelnden Ärzten in der Stadt oder vom Amtsarzt ärztlich betreut würden.

Frau Tempel führt aus, dass das Personal nicht mehr ausreichend sei. Im letzten Jahr seien schon Aufgaben im Fachdienst zurückgefahren worden, um überhaupt die Aufgaben im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes ausführen zu können. Sie sei im Gespräch mit dem Verwaltungsvorstand, dass zwei zusätzliche Stellen für die Verwaltungsaufgaben und eine Stelle zur Unterstützung der Mitarbeiterin in der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe geschaffen werden. Die geplanten Projekte, die zur besseren Integration beitragen sollen, könnten mit dem vorhandenen Personal nicht umgesetzt werden. Es müsste allerdings beachtet werden, dass die neuen Kollegen zunächst eine gewisse Einarbeitungsphase haben werden. Eine Entlastung bei den Mitarbeitern sei somit nicht sofort gewährleistet.

Herr Dr. Decker erklärt, im Grunde erfolge die normale medizinische Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte. Es würde durchaus Gesundheitsbereiche geben, von denen der Fachdienst Gesundheit ebenfalls betroffen sei. Die Untersuchungen, die in den Eingangslagern in Osnabrück, Braunschweig und Friedland gemacht würden, seien nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet und teilweise sehr lückenhaft. Daher würde es eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Fachdienst Wohnen und dem Fachdienst Gesundheit geben, die sich darum kümmern, ob die Lücken durch eine Beratung gefüllt werden könnten. Beim Café Life Point sei von Flüchtlingen angefragt worden, ob bestimmte Beratungen und Testungen vom Fachdienst Gesundheit durchgeführt werden. Diese Untersuchungen würden dann auch durchgeführt werden.

Herr Müller-Goldenstedt glaubt, die Unterstützung durch den Stadtteil Larrelt sei gegeben.

Die Stadt würde dringend für den gesamten Personenkreis eine gute psychosoziale Betreuung brauchen. Die Unterstützung der Bevölkerung würde bei der psychosozialen Betreuung von Flüchtlingen an ihre Grenzen stoßen. Beim Vortrag von Frau Imamovic sei schon deutlich aufgefallen, dass es in Emden keine soziale Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen gebe. Seines Erachtens könnte ein Sozialarbeiter, der in Larrelt eingesetzt werden soll, diese Aufgabe nicht erfüllen. Die Flüchtlinge würden in Deutschland von ihrem Herkunftsland weiterhin verfolgt werden. In der Presse sei immer wieder berichtet worden, dass gerade Eritrea seine Flüchtlinge oder ausgewanderten Personen in Deutschland weiterhin unterdrücke und ausbeute, indem Zwangsabgaben für diese Personen verordnet würden.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Beschluss:

1. Es sind von der Verwaltung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die ehemalige Jugendwerkstatt im Stadtteil Larrelt nach den Vorgaben des FD Wohnen zur befristeten Unterbringung von bis zu 40 ausländischen Flüchtlingen spätestens ab 01.11.2015 genutzt werden kann.

Der Betrieb dieser kommunalen Gemeinschaftsunterkunft ist im Rahmen noch abzuschließender Vereinbarungen in die Trägerschaft eines Emdener Einrichtungsträgers zu übergeben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt bis spätestens 31.12.2016 zur Unterbringung von Flüchtlingen weitere Gemeinschaftseinrichtungen mit bis zu 60 Plätzen an verschiedenen Standorten im Gebiet der Stadt Emden zu errichten.

Die Gemeinschaftsunterkünfte dienen vorrangig der Erstaufnahme und befristeten Unterbringung zugewiesener Flüchtlinge und sind ergänzend zur dezentralen Unterbringungsmöglichkeiten vorzuhalten.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle des Diakonischen Werkes e. V.
Emden
Vorlage: 16/1577/1

Herr Ludwigs erklärt, es würde um den Abschluss einer neuen Leistungs-, Prüfungs- und Entgeltvereinbarung mit der Schuldnerberatungsstelle des Synodalverbandes gehen. Die seinerzeit mit dem ev.-luth. Kirchenkreis geschlossene Leistungsvereinbarung bestehe schon seit 1987. Eine Ergänzungsvereinbarung sei 1993 geschlossen worden. Eine Prüfungs- und Entgeltvereinbarung sei bislang gar nicht abgeschlossen worden.

Personell würde die ev.-luth. Kirche derzeit eine ½ Stelle in der Schuldnerberatung zur Verfügung stellen. Dies sei im Prinzip eine Vollzeitstelle, da die andere Hälfte der Arbeitszeit für weitere diakonische Tätigkeiten aufgewendet würde. Seitens der ev.-ref. Kirche würden fast zwei Vollzeitstellen mit Sozialarbeitern in der Schuldnerberatung besetzt.

Die beiden Kirchen hätten für die diakonische Arbeit ein gemeinsames Konto eingerichtet, auf das sämtliche Zuschüsse eingezahlt würden. Der Synodalverband erhalte nicht nur von der Stadt Emden einen Zuschuss, sondern auch Zuwendungen des Landes, Spenden und Beiträge Dritter.

Die Schuldnerberatung des Synodalverbandes sei zwar eine kirchliche Einrichtung, würde aber jeden Hilfesuchenden überkonfessionell und kostenlos beraten. Sobald eine Insolvenzberatung durchzuführen sei, würde auch diese kostenlos durchgeführt.

Die Wartezeit auf einen Beratungstermin würde derzeit bei ein bis zwei Wochen liegen. Eine Beratung sei somit relativ kurzfristig gegeben.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Als kommunale Eingliederungshilfeleistung sei nach § 16 a SGB II das Angebot der Schuldnerberatung von der Stadt vorzuhalten. Diese Beratung würde sämtlichen Personenkreisen freistehen. Die Vereinbarung, die mit dem Synodalverband abgeschlossen werde, würde sich auf die Leistungsbezieher nach dem SGB II als auch nach dem SGB XII beziehen.

Es sei geplant, für die Inanspruchnahme der Schuldnerberatung einen Beratungsgutschein auszustellen. Die Schuldnerberatungsstelle würde die erbrachten Leistungen in diesen Gutschein eintragen.

Er schlägt vor, der Schuldnerberatung des Synodalverbandes Nördliches Ostfriesland weiterhin einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 10.200 € zu gewähren.

Beschluss: Mit dem Synodalverband Nördliches Ostfriesland der Ev.-ref. Kirche, vertreten durch das Moderamen, werden zur Durchführung der Schuldnerberatung die der Vorlage 16/1577/1 beigefügten Leistungs-, Prüfungs- und Entgeltvereinbarungen ab dem 01.01.2015 abgeschlossen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 ADN Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle e. V. Oldenburg
Vorlage: 16/1576/1

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 9 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - in Emden
Vorlage: 16/1673

Herr Zorn erklärt, die Stadt Emden unterstütze die Tätigkeit der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – DROBS – seit mehreren Jahren durch eine vertragliche Förderung. Aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit würde vorgeschlagen, die Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – DROBS – in Emden bis Ende 2017 zu verlängern. Es seien inhaltlich lediglich redaktionelle Änderungen vorgenommen worden. Es seien z. B. Kennzahlen gestrichen worden, da diese nicht mehr aktuell gewesen seien. Die Leistungsvereinbarung sei somit eine Fortschreibung aus der bereits vergangenen Leistungsvereinbarung.

Frau Bamming fragt, wo der Unterschied zwischen der Leistungsvereinbarung der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention – DROBS – und der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention des ev.-luth. Kirchenkreises Emden bestehen würde.

Herr Zorn erläutert, der größte Unterschied würde bei dem schwerpunktmäßig zu bearbeitenden Personenkreis liegen. Die DROBS beziehe sich in erster Linie auf drogengefährdete und -abhängige Jugendliche und Erwachsene. Die Diakonie würde sich eher an die alkoholgefährdeten und -abhängigen Jugendlichen und Erwachsenen richten.

Her Kröger-Vodde möchte wissen, weshalb die Fachstelle DROBS eine höhere finanzielle Unterstützung von der Stadt Emden bekommen würde als der Kirchenkreis. Dieser hätte schließlich höhere Personalkosten. Er möchte erläutern haben, wie die Differenz zustande gekommen sei.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Tempel erklärt, der ev.-luth. Kirchenkreis würde eine höhere Landesförderung als die Fachstelle DROBS erhalten. Aus diesem Grund würden sich entsprechende Differenzen ergeben. Eine weitere Variable sei in der Finanzplanung die Leistung, die für die Therapie-Angebote direkt über die Krankenkassen abgerechnet würden. Bei den genannten Beratungsstellen seien unterschiedliche Einnahmen zu verzeichnen.

Herr Dr. Decker ergänzt zur Frage von Frau Bamminger, dass es vor ca. 10 Jahren eine AG Sucht in Emden gegeben habe. Die angesprochenen Stellen sowie die Stadt Emden hätten sich in dieser AG zusammengesetzt. In dieser Arbeitsgruppe hätten sich die beiden Beratungsstellen geeinigt, wer welche Themenfelder in Zukunft vorrangig bearbeitet. Aus diesem Grund sei es zu den verschiedenen Zuständigkeiten gekommen.

Beschluss: Der beigefügten Leistungsvereinbarung (Laufzeit 01.01.2015 bis 31.12.2017) zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und –abhängige Menschen e. V. über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 10 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Kontakt- und Beratungsstelle "KummRin" Emden
Vorlage: 16/1674

Herr Zorn erklärt, die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Verein „Das Boot e. V. – Verein zur Förderung seelischer Gesundheit“ der Kontakt- und Beratungsstelle „KummRin“ in Emden sei zum 31.12.2014 ausgelaufen. Die Leistungsvereinbarung sei lediglich eine Fortschreibung der vergangenen Leistungsvereinbarung mit derselben Förderhöhe. In dieser Vereinbarung seien inhaltlich lediglich redaktionelle Änderungen vorgenommen worden.

Beschluss: Der beigefügten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Verein „Das Boot e. V. – Verein zur Förderung seelischer Gesundheit“ wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 11 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention in Emden
Vorlage: 16/1675

Herr Zorn erklärt, die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem ev.-luth. Kirchenkreis Emden sollte in selber Form verlängert werden, da die Verwaltung die Notwendigkeit einer solchen Fachstelle definitiv sehen würde. Bei dieser Leistungsvereinbarung hätte es ebenfalls inhaltlich nur redaktionelle Änderungen gegeben. Die Förderhöhe sei gleich geblieben.

Herr Hegewald fragt, weshalb über die Leistungsvereinbarungen rückwirkend zum 01.01.2015 beschlossen würde. Um Planungsunsicherheiten bei den Zuwendungsempfängern zu vermeiden, hätte im Herbst letzten Jahres beschlossen werden können.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Jahnke erläutert, in der Haushaltsstrukturkommission sei über die Leistungsvereinbarungen gesprochen worden. Die Gespräche um eine pauschale Anpassung hätten zu längeren Diskussionen geführt. Dies habe zur Folge, dass die Leistungsvereinbarungen nun erst beschlossen werden könnten.

Beschluss: Der beigefügten Leistungsvereinbarung (Laufzeit 01.01.2015 - 31.12.2017) zwischen der Stadt Emden und dem ev.-luth. Kirchenkreis Emden über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 12 Berichterstattung zur aktuellen Situation sowie zur derzeit sich abzeichnenden Entwicklung bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen mit dem Schwerpunkt Arbeit und Beschäftigung;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.02.2015
Vorlage: 16/1677

Frau Tempel erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation das Thema „Berichterstattung zur aktuellen Situation sowie zur derzeit sich abzeichnenden Entwicklung bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen mit dem Schwerpunkt Arbeit und Beschäftigung“. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Frau Kandziora gibt an, einige Integrationslotsen würden ihr häufiger mitteilen, dass bei der Ankunft der Flüchtlinge nicht genügend Geschirr oder Betten in den Wohnungen zur Verfügung stehen würde. Daher möchte sie wissen, wie es praktisch gehandhabt würde, wenn eine Wohnung in Emden für neue Flüchtlinge ausgestattet werden müsste.

Herr Kromminga erklärt, wenn Flüchtlinge Emden zugewiesen werden, würde die Verwaltung eine Woche vorher Bescheid bekommen, ob Familien oder alleinstehende Personen kommen werden. Die zuständigen Kollegen würden dann die Wohnungen nach der entsprechend angekündigten Personenzahl aussuchen und ausstatten. Es könnte somit nicht der Fall sein, dass ein Bett oder Geschirr fehlen würde. Die Integrationslotsen sollten sich bei festgestellten Mängeln direkt an die Kollegen in der Flüchtlingshilfe wenden.

Ein Außendienstmitarbeiter würde die Flüchtlinge bei der Bahn abholen und für die Formalitäten zunächst zur Verwaltung bringen. Anschließend begleite der Außendienstmitarbeiter die Flüchtlinge zur Wohnung. Insofern müsste diesem Mitarbeiter ebenfalls auffallen, wenn etwas Grundlegendes bei der Ausstattung fehlen würde.

Frau Kandziora wollte lediglich wissen, was sie den Integrationslotsen auf den Weg geben sollte, wenn dieses Problem wieder auftreten würde. Aus den Ausführungen habe sie entnommen, dass für die Integrationslotsen der kürzeste Weg sei, direkt bei der Verwaltung das Problem zu schildern.

Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Claaßen bedankt sich für die Ausführungen von Frau Tempel. Er bedankt sich seitens der Fraktion ebenfalls dafür, dass die Anregungen und Hinweise aus den Diskussionen der letzten Ausschüsse von der Verwaltung entsprechend aufgenommen und umgesetzt worden seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Tempel teilt mit, die Verwaltung würde sich mit der Berichterstattung über die Durchführung der Heimaufsichtsprüfungen in Verzug befinden. Die zuständige Kollegin sei derzeit hauptsächlich im Bereich der Flüchtlingshilfe eingesetzt worden. Es werde angestrebt, einen Bericht für die zweite Jahreshälfte vorzubereiten.

TOP 14 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.